

Bauern über Agrarreform geschockt

Von Sandro Rahrish

Weniger Geld aus Brüssel – das hörten die Landwirte schon oft. Doch diesmal könnten viele Arbeitsplätze wegfallen.



Claudia Mönch ist Geschäftsführerin der Landwirtschaftlichen Produktions- und Handelsgesellschaft Bergen (großes Bild). Sie sorgt sich um ihre Mitarbeiter, weil die Europäische Kommission ihr die Beihilfen kürzen will. Dabei habe die Lausitz mit den Folgen des Klimawandels zu kämpfen, wie die letzten Jahre zeigten: Im Frühjahr 2010 war es so nass, dass sogar Traktoren im Acker einsanken (kl. Bild oben). Im Sommer 2011 war es so trocken, dass das Getreide auf dem Feld von Roland Nuck verdorrte (kl. Bild unten). Fotos: Rahrish, Archiv Brüssel ist näher, als es Claudia Mönch lieb ist. Die Geschäftsführerin der Landwirtschaftlichen Produktions- und Handelsgesellschaft Bergen hat von der Agrarreform der Europäischen Kommission gehört. „Wenn die kommt, müssen wir wohl Stellen streichen“, sagt sie. Auf dem Spiel stünden über 50 Arbeitsplätze.

Der Anbau von Getreide ist längst nicht mehr gewinnbringend. Damit Europa trotzdem versorgt werden kann, bekommen die Landwirte von der EU eine anreizende Grundsicherung. Die drei Tochterfirmen der Bergener Gesellschaft erhielten letztes Jahr etwa 700000 Euro. Mit dem Geld wurden überwiegend die Mitarbeiter bezahlt. Ab 2014 will die Kommission die Zahlungen kürzen, sodass der Konzern mit rund 100000 Euro pro Jahr weniger rechnen dürfte. Die MKH Agrarprodukte in Wittichenau müssten sogar mit einer halben Million Euro weniger auskommen. Auch Betriebe in Lohsa und Oßling wären betroffen.

Und die Reform geht noch weiter: Ein Drittel der Beihilfe soll zurückgehalten und nur dann ausgezahlt werden, wenn sich die Landwirte an bestimmte Umweltauflagen halten. Dazu gehört der Anbau von mindestens drei verschiedenen Pflanzen, um Monokulturen zu verhindern. Die größte Hürde wäre allerdings, dass sieben Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche weder gedüngt noch gespritzt werden dürfte. Agrarkommissar Dacian Cioloș will damit den Ökoanbau stärken. Weil so aber kein Getreide anbaufähig wäre, laufe diese Regel auf eine Begrünung hinaus, sagt Claudia Mönch.

Die langjährige Vizepräsidentin des Landesbauernverbandes steht mehr Grünflächen aufgeschlossen gegenüber und will sich dem Umweltschutz nicht verweigern. „Dort wo Wiese ist, wird Wasser gespeichert“, sagt sie. Dennoch müssten die wirtschaftlichen Interessen wie die Versorgung der Bevölkerung und das Auskommen der Landwirte berücksichtigt werden.

Immer mehr Dürreperioden

„Wir sollen wettbewerbsfähig sein? Da haut was nicht hin“, sagt die 49-Jährige, die an der Berliner Humboldt-Universität Agrarwissenschaften studierte. „Die Reform berücksichtigt überhaupt nicht die Strukturen in der Region. Aus den LPG sind die größten Landwirtschaftsbetriebe Deutschlands hervorgegangen. Und ausgerechnet die Beihilfen der größten Betriebe werden am stärksten gekürzt.“ Außerdem seien die grundwasserfernen Sandböden in der Lausitz besonders witterungsabhängig. „Erst trockneten unsere Pflanzen letztes Jahr aus, weil es im Frühjahr kaum Regen gab. Und im Sommer büßten wir einen großen Teil unserer Ernte ein, weil es zu viel regnete und der Sandboden das Wasser gar nicht mehr aufnehmen konnte.“

Die Europäische Kommission sieht in den neuen Bundesländern die größten Folgen des

Klimawandels auf die Landwirtschaft: Die fröhsommerlichen Niederschläge sollen abnehmen – der Boden wird schneller abgetragen. Im Winter sollen die Niederschläge zunehmen, was wiederum zu mehr Überschwemmungen führen würde. „Wir sind ein großer Arbeitgeber in der Region. Wir brauchen das Geld in unveränderter Höhe“, sagt Claudia Mönch. Komme die Kürzung doch, würden die drei Betriebe den Mindestlohn nicht mehr schaffen. Schon jetzt liege der durchschnittliche Bruttolohn bei 8,71 Euro – da seien die Gehälter der Geschäftsführer und die Weihnachtsprämien schon berücksichtigt. Und von den Milcheinnahmen allein könnte der Unternehmensverbund nicht weitermachen wie bisher. „Die Milchpreise sind zwar stabil. Die Kosten, zum Beispiel für Futter, sind aber explodiert.“

Peter Jahr (CDU) sitzt für die Lausitz im Europäischen Parlament und ist Mitglied des Landwirtschaftsausschusses. Es sei unverantwortlich, die Bauern zur Stilllegung von sieben Prozent ihrer Anbaufläche zu zwingen. „Angesichts einer wachsenden Weltbevölkerung und steigender Anforderungen an die europäischen Landwirte kann es nicht sein, dass wir die Bauern zwingen, Flächen stillzulegen.“

Die Kommission verfolgt mit der Reform das Ziel, Länder, die bisher weniger Geld für Landwirtschaft bekamen als im EU-Durchschnitt, stärker zu berücksichtigen. Während deutsche Bauern durchschnittlich 315 Euro je Hektar Land bekommen, erhalten ihre Kollegen in Litauen nur 90 Euro.

EU will bald entscheiden

Spätestens nächstes Jahr soll entschieden werden, wie die gemeinsame Agrarpolitik aussehen soll. „Ich bleibe optimistisch und glaube es erst, wenn's endgültig ist“, sagt Claudia Mönch.